

Gastkommentar

Nachhaltigkeit als Standortfaktor

1965 hat Alexander Mitscherlich seinen Bestseller „Die Unwirtlichkeit unserer Städte“ veröffentlicht. Diese düstere Prognose über die Stadt, die den Menschen durch Stadtgestaltung und Architektur, durch soziale und ökonomische Zwänge oder Mangel an Natur krank mache, war damals eine Fundgrube, aus der sich Kulturkritiker, Städtebauer, Psychoanalytiker und Soziologen bedient und über nahezu eine Generation die wissenschaftliche und politische Debatte über Stadtentwicklung maßgeblich bestimmt haben.



Dr. Dieter Salomon
Oberbürgermeister
der Stadt Freiburg im Breisgau

Die Realität ist längst eine andere. Heute heißen die Visionäre der Stadtentwicklung Charles Landry, Richard Florida oder Albert Speer, um nur drei von vielen Namen zu nennen. Ihnen ist eines gemeinsam: Sie zeichnen, anders als Mitscherlich, die Zukunft der Stadt positiv, und sie nennen – zu Recht – das Modell der europäischen Stadt ein zukunftsfähiges Lebensumfeld von hoher Qualität, mit positiven Entwicklungsmöglichkeiten und Impulsen für alle Bereiche des politischen, gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens.

Wie definieren wir heute Stadt? Die Identität einer Stadt wird von Lebensweisen und Lebensstilen der Menschen bestimmt. Stadtbürgerinnen und Stadtbürger sind Akteure, indem sie urbane Wandlungsprozesse so gestalten und Veränderungen so vorantreiben, dass sie sich in „ihrer“ Stadt wohlfühlen und sich mit ihr identifizieren. Der Deutsche Städtetag hat vor einigen Jahren die „Stadt der Zukunft“ als eine urbane Entwicklung definiert, die dem gesellschaftlichen Wandel nicht nur folgt, sondern selbst Motor der Veränderung ist.

Diese mit großem Engagement in der Wissenschaft ebenso wie in der kommunalen

Praxis geführte Debatte bleibt unvollständig ohne Nachhaltigkeit als Faktor kommunaler Politik. Nachhaltigkeit geht weit über das engere Verständnis von Umwelt- und Klimaschutz hinaus, sondern umfasst soziales Handeln, Bildung, Kultur oder den Umgang mit öffentlichen Finanzen. Die Frage, wie weit eine Stadt Nachhaltigkeit nicht nur postuliert, sondern sie in allen Bereichen des kommunalen Handelns auch als Leitlinie glaubhaft praktiziert – diese Frage wird mehr und mehr für junge und alte Menschen zu einem Kriterium, sich in einer Stadt wohlfühlen und zu engagieren.

Dies bedeutet: Eine vorausschauende Stadtpolitik muss die Erwartungshaltung der Bürgerschaft aufnehmen und in politisches Handeln umsetzen: in ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit als Basis einer urbanen Lebensqualität.

Nur zwei Beispiele seien genannt: Die Akzeptanz für öffentliche Schulden schwindet. Stattdessen fordern Bürgerinnen und Bürger Konzepte, wie die kommunalen Leistungen nachhaltig und solide zu finanzieren sind, ohne nachfolgende Generationen zu belasten. Und zu



Recht erwarten die Bürger Antworten darauf, wie wir unsere Städte mit einer sozial ausgewogenen und auf die veränderten Bedürfnisse zugeschnittenen Infrastruktur fit machen wollen für die demografischen Veränderungen und das zukünftige Gefüge der alternden Gesellschaft.

Ein Weiteres kommt hinzu: Nachhaltigkeit kann nicht „verordnet“ werden. Sie lebt und entwickelt sich durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, durch ihre eigenen Lebensstile und praktisches Handeln im Alltag. Der innere Zusammenhang von nachhaltigem Denken und Handeln einerseits und Akzeptanz und aktiver Partizipation andererseits ist der Schlüssel zu allen Zukunftschancen eines jeden urbanen Gemeinwesens.

Diese Debatte hat in den letzten Jahren aus den Kommunen heraus einen neuen Schub erfahren. 2010 hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung bei der Bundesregierung die Oberbürgermeister 17 deutscher Städte zu einem Dialog darüber eingeladen, wie die Erfahrungen aus den Kommunen besser und effektiver mit staatlicher Politik zu verzahnen sind. Daraus sind „Strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen“ entstanden, die in vier Thesen Ziele und Inhalte nachhaltiger Stadtpolitik definieren. Aus guten Gründen steht die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger dabei an erster Stelle.

Die Zusammenarbeit der Städte hat allerdings auch die Komplexität nachhaltiger Politik sichtbar gemacht. Richtig verstanden, bedeutet nachhaltige Stadtentwicklung nichts anderes, als ökologische, ökonomische und soziale Ziele gleichberechtigt und auf der Grundlage einer generationengerechten Finanzpolitik voranzutreiben. Deshalb ist Nachhaltigkeit eine Querschnittsaufgabe, die in Politik und Verwaltung hineinwirkt und zu einem integrierten Handeln führt.

Die Erfahrung zeigt, dass mit den herkömmlichen Instrumenten einer hierarchisch organisierten Stadtverwaltung diese Aufgabe nur bedingt leistbar ist. Wir brauchen deshalb in den Städten und Gemeinden Organisationsformen, die – ähnlich wie in der Wirtschaft längst realisiert – Nachhaltigkeit und nachhaltiges Planen und Handeln implementieren und durch konkrete Vorhaben fassbar und nachvollziehbar machen. Dazu gehört auch die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger.

Wir fangen nicht beim Punkt null an. In der Folge der Weltklimakonferenz von Rio und den Folgetreffen haben sich in vielen Städten Lokale-Agenda-Gruppen gebildet, die im Sinne der Definition der Brundtland-Kommission von 1987 gute Ideen und Anregungen für die Kommunalpolitik erarbeitet haben und im vorpolitischen Raum zu einer wichtigen Größe geworden sind. Diesen Sachverstand

wollen wir weiter nutzen und einbeziehen. 2001 hat die Bundesregierung den Rat für Nachhaltige Entwicklung eingerichtet. In vielen Ländern bestehen vergleichbare Gremien; die neue grün-rote Landesregierung von Baden-Württemberg nennt Nachhaltigkeit als die wichtigste Leitlinie des gemeinsamen Regierungsprogramms.

Dies sind gute inhaltliche Voraussetzungen, denen nun die notwendigen organisatorischen Rahmenbedingungen folgen müssen. Die Einrichtung der Freiburger Stabsstelle „Nachhaltigkeitsmanagement“, die direkt dem Oberbürgermeister unterstellt ist, dient diesem Ziel, Erfahrungen zu bündeln und daraus neue Kompetenzen für die Herausforderungen zu gewinnen, denen sich jeder Gemeinderat und jede Stadtverwaltung in den kommenden Jahren stellen muss. Auch wenn jede Stadt ihren eigenen inhaltlichen Weg und ihre eigene Organisationsstruktur finden muss: Der Blick über die eigenen Stadtgrenzen hinweg ist lohnend. Freiburg hat sich daher als Partnerkommune dem Netzwerk der Universität Lüneburg zum Thema „Integrative kommunale Nachhaltigkeitssteuerung“ angeschlossen, das eine integrierte Nachhaltigkeitssteuerung für Kommunalverwaltungen zum Ziel hat und dazu die Bedingungen zur Umsetzung, die Chancen und Grenzen auslotet. ■